

Baden-Baden. Die Mitglieder der Aufsichtsräte der Krematorium Baden-Baden GmbH, der Gesellschaft für Stadterneuerung und Stadtentwicklung (GSE) sowie der Gewerbeentwicklung Baden-Baden (GEEB) erhalten vorerst keine höhere Aufwandsentschädigung. Der Hauptausschuss hat sich in seiner jüngsten Sitzung fraktionsübergreifend dafür ausgesprochen, den entsprechenden Beschlussvorschlag von der Tagesordnung zu nehmen und ihn im Frühjahr erneut zu beraten. Zudem forderte das Gremium die Verwaltung auf, die Regelung grundsätzlich zu überarbeiten (siehe Kommentar).

Bislang ist es so: Nur die Aufsichtsräte der drei eingangs genannten Gesellschaften, bei denen die Stadt alleinige Gesellschafterin ist, erhalten eine Aufwandsentschädigung. Unternehmen

Höhere Entschädigung ist ausgesetzt

Hauptausschuss vertagt Entscheidung zum Aufwand in städtischen Gesellschaften

ohne Aufsichtsratsvergütung sind hingegen die Entwicklungsgesellschaft Cité, die Gemeinschaftskraftwerk GmbH, das Klinikum Mittelbaden, die Kongresshaus Baden-Baden Betriebsgesellschaft, Baden-Baden Kur & Tourismus, EurAka, Baden-Baden Award, Parkgaragengesellschaft Baden-Baden und Forst Service. Auf Nachfrage von Rolf Pilarski (FDP), warum es diese unterschiedliche Regelung gibt, verwies Oberbürgermeisterin Margret Mergen auf die Tradition der jeweiligen Gesellschaften.

Nach dem Vorschlag der Verwaltung sollte die Aufwandsentschädigung für

Aufsichtsräte künftig (rückwirkend zum 1. Januar) doppelt so hoch ausfallen wie bisher. Das heißt, in der Krematorium Baden-Baden GmbH sollte sie

Das Rathaus muss die Regelung überarbeiten

von 40 auf 80 Euro, in der GSE und GEEB jeweils von 50 auf 100 Euro pro Sitzung steigen.

Diese Erhöhung um 100 Prozent war ursprünglich auch für die Vorsitzenden der Aufsichtsräte, OB Margret Mergen

oder Bürgermeister Alexander Uhlig, vorgesehen. Demnach waren für den Aufsichtsratsvorsitzenden des Krematoriums 160 Euro und für den von GSE und GEEB jeweils 200 Euro pro Sitzung geplant. Der Leiter des städtischen Fachbereichs Finanzen sowie die Geschäftsführer der Gesellschaften erhalten hingegen keine Aufwandsentschädigung.

Günter Seifermann (Grüne) brachte den Stein für die Vertagung ins Rollen. Er sei überrascht, dass eine Erhöhung um 100 Prozent geplant sei. „Die bisherige Entschädigung ist für mich auskömmlich“, versicherte der Stadtrat.

Mehr müsse es nicht sein. Er sehe das ehrenamtliche Engagement in den verschiedenen Aufsichtsräten als eine gemeinderätliche Aufgabe.

SPD-Fraktionssprecher Kurt Hochstuhl hält die Vorlage für inkonsistent: „Es gibt Aufsichtsräte erster und zweiter Ordnung.“ Die Aufsichtsräte, die eine Entschädigung erhalten, sollten jetzt noch mehr bekommen. „Wir können da nicht zustimmen“, sagte Hochstuhl. Er sehe es als Teil des ehrenamtlichen Engagements, wenn Stadträte in Aufsichtsräten mitwirken. Klaus Maas (CDU), Beate Böhlen (Grüne), Hans-Peter Ehinger (Freie Wähler), Tilman Schachtschneider (FBB) und Rolf Pilarski (FDP) äußerten ebenfalls Bedenken. „Ohne sachliche Begründung können wir der Erhöhung nicht zustimmen“, betonte CDU-Fraktionschef Armin Schöpfli. Michael Rudolph